

# Der Völkermord im Gazastreifen im Schatten des Iran-Kriegs und die Grenzen der Macht

Richard Falk, Palestine Chronicle/Thinking Palestine, Mai 2026

**In dieser Analyse untersucht Richard Falk den Völkermord im Gazastreifen und den sich ausweitenden US-amerikanischen und israelischen Krieg gegen den Iran als miteinander verknüpfte Ausprägungen eines umfassenderen geopolitischen Projekts, das seine Wurzeln in der westlichen Vorherrschaft sowie der regionalen israelischen Hegemonie hat. Falk argumentiert, dass diese Konflikte den Zusammenbruch des Völkerrechts, das Versagen globaler Institutionen bei der Eindämmung des Militarismus offenbaren, aber gleichzeitig auch die höher werdenden Grenzen von Gewalt als Mittel des Zwangs in einer sich rasch wandelnden Weltordnung zeigen.**

## **Regionale Zusammenhänge**

Obwohl die Notlage im Gazastreifen in Gestalt täglicher Verstöße des Staates Israel gegen den Waffenstillstand, anhaltender Behinderungen der humanitären Hilfe sowie der tödlichen Folgen dauerhaften Hungers und einer Vielzahl seit langem ungelöster gesundheitlicher Probleme weiterbesteht, ist sie an den Rand des globalen Interesses gerückt. Und obwohl zusätzliche Bedenken wegen der Gefahr eines Übergreifens genozidaler Handlungen auf die Westbank und den Südlibanon gewisse Beachtung finden, hat sich der Schwerpunkt des öffentlichen und staatlichen Interesses aus verständlichen Gründen auf den Iran verlagert. Der am 28. Februar von den Vereinigten Staaten gegen den Iran begonnene Angriffskrieg wurde wenige Tage später zu einer gemeinsamen militärischen Operation der USA und des Staates Israel. Dieser zweite Iran-Krieg wurde mit angeblichen Bedenken über die Verbreitung von Atomwaffen sowie mit der Behauptung gerechtfertigt, einer Protestbewegung im Iran, die einen Regimewechsel anstrebt, entscheidende Unterstützung zu leisten.

Dieser zweite unprovokierte Angriff auf den Iran innerhalb von weniger als einem Jahr geschah, ebenso wie der erste, auf der Grundlage dieser falschen und inakzeptablen Prämissen und stieß dennoch im US-Kongress kaum auf Widerstand. Dabei ist er auch verfassungswidrig und verschärft die Lebenshaltungskostenkrise, unter der die Mehrheit der Amerikaner leidet. Es überrascht nicht, dass die Vereinten Nationen sich aus der öffentlichen Debatte heraushielten, und selbst Russland und China schienen angesichts der Eskalationsgefahren und

der Furcht vor Trumps irrationaler Gereiztheit zögerlich, Trumps geopolitischen Militarismus direkt in Frage zu stellen.

Solange der Ausgang des Iran-Kriegs gefährlich ungewiss bleibt, dürfte er nicht nur die Nachrichten, sondern auch die Ängste und Hoffnungen der politischen Vorstellung weltweit beherrschen. Schon seit seinem Beginn vor mehr als zwei Monaten hat der Krieg dem iranischen Volk weitreichende Verwüstung und Vertreibung gebracht und lässt Schlimmeres befürchten. Der Beginn des Iran-Kriegs war von einer schockierenden Reihe von Fehleinschätzungen geprägt. Dazu gehörten die gezielte Ermordung des obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, und die Bombardierung einer Mädchenschule in Minab, bei der Hunderte Menschen, vor allem Kinder, ums Leben kamen.

**Bis heute wird ein internationaler Konsens zugunsten einer zombiehaften Zwei-Staaten-Lösung bekräftigt, obwohl der Staat Israel Schritte unternommen hat um sicherzustellen, dass diese niemals zustande kommen kann. Seit Jahrzehnten wendet die israelische Führung eine Salomitaktik an, bei der sie in jeder Phase das nimmt, was sie bekommen kann, ohne dabei ihr letztendliches Ziel aus den Augen zu verlieren: den einzigen israelischen Staat vom Fluss bis zum Meer.**

Diese Kampfaktiken wurden nicht nur als bössartig angesehen, sondern waren auch völlig kontraproduktiv, da sie im Iran eine einigende nationalistische Geschlossenheit schufen, der sich auch viele Kritiker der harten innenpolitischen Praktiken der theokratischen Regierung anschlossen. Es ist schwer, das Maß der Auswirkungen eines solchen Verhaltens von außen einzuschätzen, aber es könnte helfen, sich vorzustellen, dass selbst eine westliche säkulare Gesellschaft entsetzt wäre über einen nicht-westlichen Gegner, der religiöse Führer in einem Akt politischer Gewalt ins Visier nimmt, geschweige denn über den Beginn eines Krieges.

Was solche Gräueltaten bestätigt haben, ist, dass die Vereinigten Staaten – und ganz sicher der Staat Israel – nicht an echten Friedensverhandlungen interessiert sind, sondern daran, einen Sieg zu erringen, der entweder durch politische Kapitulation oder durch genozidale Angriffe erreicht wird. Wie die Palästinenser scheinen auch die Iraner – ungeachtet ihrer Differenzen mit der Regierung in Teheran und der Kosten, die bei der Fortführung ihres Kampfes entstehen – entschlossen zu sein, Widerstand zu leisten, anstatt völkermörderischen Drohungen und Taktiken nachzugeben, die sich gegen eine völlig schutzlose Gesellschaft richten. Iraner aller Couleur verfügen zudem über ein ausreichendes historisches Bewusstsein für den

Putsch von 1953 gegen die demokratisch gewählte Regierung des Iran, um allen Beteuerungen guter Absichten aus Washington mit Misstrauen zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verfrüht, den Völkermord in Gaza im Rückblick zu betrachten, wobei man sich gleichzeitig voll und ganz bewusst sein muss, dass die Bevölkerung von Gaza weiterhin schwer unter den anhaltenden Realitäten des Völkermords durch den Staat Israel und der materiellen Komplizenschaft der USA in Gestalt von Diplomatie, Finanzhilfen, Waffenlieferungen und dem Austausch von Geheimdienstinformationen leidet.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Palästinenser den Legitimitätskrieg gewonnen haben, in dem es um die Hoheit beim Thema Völkerrecht und Moral geht. Dieser symbolische Sieg hat sich in den meisten Kolonialkriegen seit 1945 als entscheidender erwiesen als die auf dem Schlachtfeld erzielten Ergebnisse. Militärische Überlegenheit konnte den Ausgang in Indien, Indochina, Algerien, Südafrika und anderswo nicht bestimmen. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass, selbst wenn es noch Jahrzehnte weiteren palästinensischen Kampfes und Leidens erfordern sollte, um einen politischen Sieg zu erringen, der Lauf der Geschichte auf der Seite Palästinas steht.

Bei der Verknüpfung von Gaza und dem Iran sollen die Zusammenhänge zwischen diesen beiden scheinbar unterschiedlichen Unternehmungen bewertet werden. Eine zentrale These lautet, dass der Staat Israel nicht nur ein strategischer Verbündeter ist, sondern auch die Lasten eines so genannten „Kampfes zwischen den Zivilisationen“ trägt, den Samuel Huntington als Folge des Kalten Krieges als „Kampf der Kulturen“ mit geopolitischen Bruchlinien im Nahen Osten vorausgesagt hatte. Diese Sichtweise gewann nach den Anschlägen vom 11. September auf symbolträchtige Ziele der USA im World Trade Center und im Pentagon sowie nach den Reaktionen der USA, die einen weltweiten Krieg gegen den Terror erklärten, der alle Regierungen dazu verpflichten sollte, sich dieser Sache anzuschließen, oder sich in das Licht von Feinden des Westens und damit auch der „Zivilisation“ zu setzen.

Dies stellte das zionistische Weltbild in einen breiteren internationalen Kontext und schuf eine Konstellation, die den israelischen Interessen und denen des Westens entgegenkam, die eine globale Vorherrschaft in einer postkolonialen Weltordnung bewahren wollten. Im Endeffekt erhielt der Staat Israel freie Hand im Umgang mit den Palästinensern, im Gegenzug dafür, dass er für den Westen die Drecksarbeit bei der Durchsetzung seiner regionalen Inter-

essen übernahm. Die Weigerung, das Ergebnis der revolutionären Bewegung von 1978–79 im Iran zu akzeptieren, stellte die Konvergenz dieser unterschiedlichen Ziele dar, da diese Bewegung sowohl den zionistischen Zielen als auch den regionalen Übergriffen des Westens widerstand und gleichzeitig den konterrevolutionären Bemühungen zur Destabilisierung der neuen regierenden Theokratie im Iran entgegenwirkte. Die Wahl der extremistischen israelischen Koalition aus Netanjahus *Likud*-Partei und den rechtsextremen religiösen Parteien zu Beginn des Jahres 2023, der sich mit dem Angriff vom 7. Oktober ein Vorwand für eine militärische Reaktion bot, führte zudem zu einer erneuten Fokussierung auf den Iran als Kernstück der sogenannten „Achse des Widerstands“.

### **Geopolitisches Konzept und Völkermord in der Praxis**

Das Völkerrecht wurde missachtet und die UNO bei der Verhinderung von Genoziden an den Rand gedrängt. Die UNO täte besser daran, ihre Hilflosigkeit einzugestehen, wenn sie aufgefordert wird, geopolitische Akteure – jene Mitgliedstaaten, die üblicherweise mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gleichgesetzt werden – in Schach zu halten. Durch die Unterstützung von Trumps Diplomatie hat sich die UNO weiter herabgewürdigt, indem sie offiziell ihre Unterstützung für einen Ansatz bekundete, der dem Völkermörder schamlos symbolisch Gewicht verleiht, während die Rechte und Beschwerden der Opfer missachtet werden. In der am 17. November 2025 einstimmig verabschiedeten Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats zeigt der einleitende Absatz die nachträgliche Akzeptanz des Völkermords in Gaza:

*In Würdigung des umfassenden Plans zur Beendigung des Gaza-Konflikts vom 29. September 2025 („umfassender Plan“ Anhang 1 zu dieser Resolution) und unter Beifall für die Staaten, die ihn unterzeichnet, angenommen oder gebilligt haben, sowie weiterhin unter Begrüßung der historischen Trump-Erklärung für dauerhaften Frieden und Wohlstand vom 13. Oktober 2025 und der konstruktiven Rolle, die die Vereinigten Staaten von Amerika, der Staat Katar, die Arabische Republik Ägypten und die Republik Türkei bei der Ermöglichung des Waffenstillstands im Gazastreifen gespielt haben.*

Inhaltlich unterstützt die Resolution nicht nur die Rolle des Staates Israel bei der Gestaltung der Zukunft des Gazastreifens in Zusammenarbeit mit den USA, sondern fordert auch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank auf, den Wiederaufbau des Gazastreifens zu erleichtern, der derzeit eine Ödnis ist, in der die überlebende palästinensische Bevölkerung unter unerträglichen und bestrafenden Lebensbedingungen leiden muss. Dieser elegant inszenierte Auftritt bei der UNO erhielt weiteren Schub durch die Unterstützung des Generalsekretärs für die Resolution 2803, trotz ihrer Folgen aus der Sicht der UN-Charta und des Völkerrechts.

Zweifellos haben die USA und der Staat Israel diesen Zeitpunkt – eine scheinbare Waffenruhe im Gazastreifen – zum Angriff auf den Iran gewählt, um die Aufmerksamkeit von der anhaltenden Notlage im Gazastreifen abzulenken. Sie rechneten nicht damit, dass dies Menschen in nah und fern, einschließlich den Vereinigten Staaten, Schaden und Leid bringen würde. Die iranische Regierung ist angesichts dieses zweiten aggressiven, verheerenden Militärangriffs innerhalb von weniger als einem Jahr nicht, wie fälschlicherweise erwartet, zusammengebrochen, sondern scheint intern geeinter und in der Region gefürchteter und respektierter daraus hervorgegangen zu sein.

Im Vorfeld des Krieges überzeugte Netanjahu Trump offenbar davon, dass das theokratische Regime in Teheran sofort kollabieren würde, was den Weg für eine schnelle Machtübernahme durch die oppositionellen Kräfte geebnet hätte, die für einen Militärangriff auf ihr Land dankbar waren. Dies erklärt in gewisser Weise die frühen Aufrufe Trumps an das iranische Volk, „euer Land zurückzuerobern“ und eine neue, nicht-islamische Regierung zu etablieren, die freundschaftliche Beziehungen zum Westen, einschließlich zum Staat Israel, unterhalten würde.

Doch diese Hoffnungen erwiesen sich schnell als trügerisch. Anstatt auseinanderzufallen, hielt der Iran der ersten Angriffswelle stand, konterte mit eigenen Raketen, die den US-Militäranlagen im gesamten Golf unerwarteten Schaden zufügten, und griff zudem auf seine beste strategische Option zurück, indem er die Straße von Hormus blockierte. Es ist aufschlussreich, diese Verteidigungstaktiken des Iran mit dem Kriegsbeginn der USA und Trumps späterer Litanei genozidaler Drohungen zu vergleichen, begleitet vom israelischen Widerstand gegen jeglichen Waffenstillstand, bis „die Aufgabe“ der Zerstörung vollendet sei.

Mehrere Drohungen Trumps mit Völkermord und die israelische Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, haben nicht dazu geführt, dass der Iran nachgegeben hat. Zudem haben die regionalen Spannungen durch die Unterbrechung der Energie- und Düngemittelversorgungsketten zugenommen, was die globale Energie- und Ernährungssicherheit gefährdet. Es gibt immer mehr Kommentare und wachsende Befürchtungen darüber, wie lange die Aggressoren einen diplomatischen Stillstand noch hinnehmen können. Die unangenehmen Optionen für den Westen bestehen darin, entweder die meisten der iranischen Vorschläge zur Beendigung des Krieges zu akzeptieren oder erneut die Kapitulation des Iran anzustreben, indem sie die Eskalationsleiter noch weiter hinaufsteigen.

Auf solchen Höhen gehören die Androhung oder sogar der Einsatz einer Atomwaffe zu den wenigen verbleibenden militärischen Optionen für den Staat Israel und die USA, die wahrscheinlich derzeit in „Lagezentren“ diskutiert werden, wo Kriegsstrategien von Sicherheitsbeamten abgewogen und beschlossen werden. Es ist von großer Bedeutung, dass diese beiden

Länder eine militaristische Mentalität teilen und die erklärten Verpflichtungen des Iran missachten, selbst um den schrecklichen Preis eines kollektiven Märtyrertodes Widerstand zu leisten. Der Iran scheint, obwohl er für echte Diplomatie offen ist, entschlossen zu sein, angesichts geopolitischer Einschüchterung oder Waffenstillstandsfassaden, die den Konflikt auf Messers Schneide halten, nicht nachzugeben.

Gibt es einen Ausweg? Trump könnte sich mit einer „ehrvollen Niederlage“ zufriedengeben und nachgeben, ohne dass es offen sichtbar wird, doch israelische Eiferer lassen sich nicht so leicht besänftigen und streben nichts Geringeres an als die Zerstörung des Iran als lebensfähigen Staat. Sie sollen den nicht-palästinensischen Teil ihres bössartigen Sicherheitsplans vollenden, indem sie den verständlichen Widerstand gegen ihren nationalen Expansionismus und ihre regionale Hegemonie ein für alle Mal auslöschen. Solche Spekulationen verlagern die Aufmerksamkeit wieder vom Iran auf den Staat Israel. Würde die israelische Führung selbst einem Unterlassungsbefehl aus dem Weißen Haus Folge leisten? Wäre Trump bereit, israelische Geldgeber endgültig zu enttäuschen, um einen Funken innerer Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen? Trump muss Tel Aviv lediglich einen diskreten Befehl zur Einstellung und Unterlassung gegenüber dem Iran erteilen.

Der Iran hat bislang mehr politische Verantwortung bewiesen als die Aggressoren. Er hat einen stufenweisen Plan zur Lösung der Krise vorgelegt, der auf einer ersten Vereinbarung beruht, den Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus für alle Schiffe freizugeben, um den Krieg zu beenden (nicht nur einen Waffenstillstand zu erreichen), untermauert durch Garantien, dass der Krieg später nicht wieder aufgenommen wird, worauf zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt neue Verhandlungen über ein Abkommen zur Produktion von angereichertem Uran folgen sollen. Selbst die Annahme eines solch vernünftigen Vorgehens würde mit ziemlicher Sicherheit auf Widerstand stoßen – wenn auch vielleicht nicht offen – seitens des Staates Israel sowie seitens der aktivsten Elemente der iranischen Diaspora. Letztere wünscht ein Ende des Krieges erst dann, wenn die Führung im Iran verschwunden ist oder sich zu demokratisierenden Reformen bereit erklärt, von viele Exil-Iraner glauben, sie würden nach einem Regimewechsel die Pahlavi-Dynastie an die Macht bringen und zur Rückkehr des Iran zu einer westlichen geopolitischen Identität führen.

### **Abschließende Bemerkungen**

Nach dem derzeitigen Stand ist die aktuelle Krise vielschichtig. Sie bietet den politischen Realisten in Washington, die die US-Außenpolitik gestalten, eine seltene Gelegenheit, sich für eine Strategie der Kriegsverhütung einzusetzen. Eine solche Haltung würde die Chance eröffnen, Stabilität in den Nahen Osten zu bringen. Vor allem aber könnte sie zu einem geopolitischen Bündnis zwischen den USA, China und Russland führen, um im Sinne einer Win-Win-

Situation zusammenzuarbeiten, anstatt an den katastrophenanfälligen Lose-Lose-Modellen festzuhalten, die gefährliche Ausmaße angenommen haben, wie sie seit den schlimmsten Krisen des Kalten Krieges nicht mehr erreicht wurden.

Positiv betrachtet könnte eine baldige Einigung auf einen für beide Seiten akzeptablen Ausweg in der Iran-Frage eine positive Neuausrichtung der Beziehungen zum Staat Israel und Palästina sowohl in den USA als auch in Europa bewirken. Und mit der Zeit könnte dies sogar israelische Hardliner für die Realitäten der Zukunft wachrütteln, die sie mehr und mehr vor die klare Wahl stellen: entweder die Fortsetzung einer „Lose-Lose“-Dynamik oder die verspätete Suche nach einer „Win-Win“-Lösung.

Diese letztere und größtenteils bevorzugte Option erfordert die längst überfällige Erkenntnis, dass keine der beiden Seiten Aussicht auf einen echten Sieg zu ihren Gunsten hat, ungeachtet dessen, was die staatliche Propaganda und gefügige Medien behaupten. Diese Bewertung trifft vor allem auf den Staat Israel zu. Palästinensische Führungspersönlichkeiten sind seit langem offen für einen echten Kompromiss, der im Gegensatz zu einem israelischen Sieg steht, der mit einer „Brotkrumen-Diplomatie“ eines entmilitarisierten Ministaates verschleiert wird. Der Staat Israel ist mit dieser palästinensischen Bereitschaft zu Kompromissen seit mindestens einem halben Jahrhundert manipulativ umgegangen. Dies zeigte sich besonders deutlich in den 1990er Jahren, als die Oslo-Diplomatie für Palästina eine Quelle falscher Hoffnungen und für den Staat Israel eine Möglichkeit beschleunigter Siedlungsausweitung war, die nicht nur in Expansion bestand, sondern auch ein Dolch darstellte, der die Aussichten auf eine lebensfähige palästinensische Staatlichkeit zerstörte. Bis heute wird ein internationaler Konsens zugunsten einer zombiehaften Zwei-Staaten-Lösung bekräftigt, obwohl der Staat Israel Schritte unternommen hat um sicherzustellen, dass diese niemals zustande kommen kann. Seit Jahrzehnten wendet die israelische Führung eine Salamtaktik an, bei der sie in jeder Phase das nimmt, was sie bekommen kann, ohne dabei ihr letztendliches Ziel aus den Augen zu verlieren: den einzigen israelischen Staat vom Fluss bis zum Meer, in dem die israelisch-jüdische Vorherrschaft tief in einem grundlegenden israelischen Gesetz verwurzelt ist.

So sehe ich die zentralen Herausforderungen der Konfliktlösung im Nahen Osten nach dieser ersten rückblickenden Betrachtung des Völkermords in Gaza. Es sei noch einmal betont, dass diese Sichtweise der Tatsache Rechnung trägt, dass der Staat Israel noch immer nicht von seinem genozidalen Ansatz gegenüber der anhaltenden palästinensischen Präsenz abgerückt ist. Letztere wird selbst als eine Form des Widerstands gegen den zionistischen Maximalismus angesehen, der offenkundig nach einer zweiten Nakba in Gestalt einer groß angelegten und dauerhaften Vertreibung der Palästinenser strebt. Sie berücksichtigt auch die Schwä-

chung der europäischen Unterstützung für den Staat Israel – ein Aspekt von Trumps Feindseligkeit gegenüber der Aufrechterhaltung der kollektiven Einheit des Atlantischen Bündnisses, das die westlichen Länder während der Weltkriege und des Kalten Krieges des letzten Jahrhunderts gegen Faschismus und Kommunismus vereinte. Doch nun haben sie für Trump in seiner geschäftsmäßigen Weltanschauung ihren Nutzen verloren.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass die Palästinenser den Legitimitätskrieg gewonnen haben, in dem es um die Hoheit beim Thema Völkerrecht und Moral geht. Dieser symbolische Sieg hat sich in den meisten Kolonialkriegen seit 1945 als entscheidender erwiesen als die auf dem Schlachtfeld erzielten Ergebnisse, die mit Todesopfern und Zerstörung gemessen werden. Militärische Überlegenheit konnte den Ausgang in Indien, Indochina, Algerien, Südafrika und anderswo nicht bestimmen. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass, selbst wenn es noch Jahrzehnte weiteren palästinensischen Kampfes und Leidens erfordern sollte, um einen politischen Sieg zu erringen, der Lauf der Geschichte auf der Seite Palästinas steht. Es sollte nicht vergessen werden, dass zivilgesellschaftliches Engagement und Solidaritätsinitiativen stärker durch rechtlich fundierte Überlegungen zur Legitimität angeregt werden als durch akademische Debatten und staatliche Propaganda.

*Richard Falk ist Albert-G.-Milbank-Professor em. für Völkerrecht an der Princeton University und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orfalea Center of Global Studies. Er war zudem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechte der Palästinenser.*

Quelle: <https://thinkingpalestine.com/the-gaza-genocide-beneath-the-shadows-of-the-iran-war-the-limits-of-power/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de